

Einleitung und Fragestellung

In dieser Arbeit soll das Abstimmungsverhalten von weiblichen und männlichen Abgeordneten im Deutschen Bundestag auf Unterschiede in Bezug auf frauenspezifische Themen überprüft werden.

Weibliche Abgeordnete waren im Deutschen Bundestag gegenüber ihren männlichen Kollegen bisher in jeder Legislaturperiode unterrepräsentiert. In der andauernden Legislaturperiode ging der prozentuale Anteil der weiblichen Abgeordneten im Vergleich zur vorigen Legislaturperiode sogar noch weiter zurück (Bundeszentrale für politische Bildung 2017). Dies stößt in Politik und Gesellschaft immer wieder auf Kritik (beispielsweise in Faas o.J., Hille 2019, Schmollack 2017). Hierbei gilt auch anzumerken, dass bereits die Frauenstimmrechtsbewegung in Deutschland vor über 100 Jahren bereits den Repräsentationsanspruch aber auch die Repräsentationsfähigkeiten von Männern gegenüber Frauen infrage stellte (Abels et. Al. 2018).

Ebenfalls wird vielfach behauptet, dass sich Frauen in der Politik für verschiedene Themen und Politikfelder unterschiedlich stark im Vergleich zu Männern in der Politik engagieren, etwa wenn es um menschliche Entwicklung, geschlechtsbasierte Gewalt oder Lohnungleichheit ginge (bspw. OECD 2014). Demzufolge würde eine mangelnde deskriptive Repräsentation von Frauen auch in eine mangelnde substantielle Repräsentation von Frauen im Deutschen Bundestag münden.

Die Untersuchung dessen soll Gegenstand dieser Forschungsarbeit sein. Die Forschungsfrage lautet:

Bestehen Unterschiede im Abstimmungsverhalten von weiblichen und männlichen Abgeordneten im Deutschen Bundestag in Bezug auf frauenspezifische Themen?

Die gewählten Fallbeispiele mussten zwei Kriterien beinhalten. Zum einen soll es sich um Abstimmungen im Bundestag handeln, bei denen die Fraktionsdisziplin aufgehoben wurde. Wenn dieses Kriterium erfüllt war, galt es in zwei Kategorien zu teilen: Die eine Kategorie beinhaltet Fallbeispiele, in denen der Bundestag über Themen abstimmte, die in dieser

Masterarbeit als „universell“ eingestuft wurden. Das bedeutet, dass sie Menschen jeden Geschlechts ungefähr gleichermaßen betreffen dürften. Xxx

In die zweiten Kategorie wurden Fallbeispiele eingeteilt, die im Folgenden als frauenspezifische Themen deklariert werden. Sie dürften Frauen aufgrund biologischer Gegebenheiten stärker betreffen als Männer. Dies war bei dem Thema „Strafbarkeit von Vergewaltigung in der Ehe“ (Deutscher Bundestag 1997) der Fall, da damalige und heutige Statistiken einstimmig aussagen, dass es sich bei Vergewaltigungsopfern zu einem Großteil um Frauen handelt. In Deutschland sind laut Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend 98,4 Prozent der Opfer von Vergewaltigung, sexueller Nötigung und sexuellen Übergriffen in Partnerschaften weiblich (Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend 2020). Eine repräsentative Studie aus dem Jahr 2004, die im Auftrag des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend durchgeführt wurde, kam zu dem Ergebnis, dass in Deutschland jede siebte Frau in ihrem Erwachsenenleben mindestens einmal Opfer von sexueller Gewalt wurde, sechs Prozent gaben an, vergewaltigt worden zu sein. Davon seien mehr als die Hälfte mehrmals Opfer sexueller Gewalt geworden, die Spanne der Situationen erstreckte sich hierbei von zwei bis hin zu über vierzig Situationen (Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend 2004: 27-30).

Das zweite Fallbeispiel ist die Abstimmung über die Reform des § 218, der die Strafbarkeit von Abtreibung regelt (Deutscher Bundestag 1974), da Frauen im Allgemeinen schwanger werden können, Männer aber nicht und Frauen dadurch tendenziell körperlich und psychisch stärker durch eine Schwangerschaft beeinträchtigt sein dürften als ein ebenfalls in die Schwangerschaft involvierter Mann (Wallwiener et al. 2018). Zudem sind Frauen im Falle einer Abtreibung auch mit den körperlichen und psychischen Auswirkungen konfrontiert. Weiterhin sind Frauen im Falle der Vollendung der Schwangerschaft statistisch häufiger alleinerziehend als Männer und im Kontext dessen häufiger von Altersarmut betroffen (OECD 2010). So seien deutsche Frauen heute von der OECD-weit größten Geschlechter-Rentenlücke betroffen (OECD 2019).

Ein drittes Fallbeispiel ist die Abstimmung über Präimplantationsdiagnostik (Deutscher Bundestag 2011). Die Präimplantationsdiagnostik (PID) umfasst die Methoden zellbiologischer und molekulargenetischer Untersuchungen, die dem Entscheid darüber dienen sollen, ob ein durch In-vitro-Fertilisation erzeugter Embryo in die Gebärmutter eingepflanzt wird oder nicht (Bundesministerium für Gesundheit o.J.). Da nur Frauen eine Gebärmutter haben (Lexikon der Biologie o.J.), sollten sie auch in diesem Fallbeispiel zumindest körperlich stärker betroffen sein.

Generell scheint der Wunsch nach mehr politischer Verantwortung für Frauen zu bestehen. In einer Studie von Bettina Westle gaben knapp 30 Prozent der Männer und knapp 45 Prozent der Frauen an, sich mehr Frauen in politischen Führungspositionen zu wünschen. Weniger Frauen in politischen Führungspositionen wünschten sich hingegen nur 8 Prozent der Männer sowie 3,3 Prozent der Frauen (Westle 2009: 154 u.155).

Die gesellschaftliche Relevanz der hier vorgestellten Forschungsarbeit begründet sich damit, dass Wählerinnen in Deutschland einen Repräsentationsanspruch haben und deshalb überprüft werden sollte, ob der Deutsche Bundestag in seiner Zusammensetzung diesem gerecht wird. Auch im Hinblick auf das aktuell viel diskutierte Paritätsgesetz ergibt sich eine hohe Relevanz. In Thüringen wurde dieses im Jahre 2020 vom Landesgericht abgewiesen, nachdem es vom Thüringer Landtag beschlossen wurde. In der Begründung des Gerichts hieß es, dass Menschen nicht aufgrund ihres Geschlechts schlechter gestellt werden dürften, was im Falle männlicher Abgeordneter der Fall sein könne, wenn sie nur noch zur Hälfte repräsentiert werden würden [statt die Aufstellung der Amtsanwärter nach Qualifikation zu bestimmen]. Ob eine Regelung nach dem Paritätsgesetz wirklich einer Geschlechterdiskriminierung gleichkommt, ist insofern besonders relevant für Bundesländer, in denen ein Paritätsgesetz ebenfalls momentan zur Diskussion steht.

Eine wissenschaftliche Relevanz ergibt sich, weil die im Folgenden vorgestellte Untersuchung zum Gesamtbestand der noch vergleichsweise jungen feministischen Politikforschung beitragen sowie die Parlamentsforschung um weitere Erkenntnisse erweitern kann.

Forschungsstand

Die konsequent geringere Repräsentation von Frauen als von Männern in der deutschen Politik wurde bereits vielfach statistisch erfasst, beispielsweise von der Bundeszentrale für politische Bildung. Der bisher höchste Anteil weiblicher Abgeordneter im Deutschen Bundestag wurde in der Legislaturperiode von 2013 bis 2017 mit einem Anteil von 36,3% erreicht. In der jetzigen Legislaturperiode ist dieser Anteil wieder zurückgegangen und mit 30,9% auf dem niedrigsten Wert seit der Wahlperiode ab 1998 (Bundeszentrale für politische Bildung 2017).

Zu den unterschiedlichen Policy-Präferenzen ergab eine umfassende Studie, die im Jahr 2014 veröffentlicht wurde, dass weibliche Abgeordnete im schwedischen Reichstag sich signifikant häufiger zu Gesundheits- und Sozialthemen äußerten, als ihre männlichen Kollegen, welche

Kommentiert [AA1]: Ich habe die Lektüre, die sie mir zum Paritätsgesetz und der Qualifikation (weiblicher) Abgeordneter gegeben haben, in dieser Arbeit nicht ausführlich besprochen, da sie trotz interessanter Erkenntnisse nur indirekt zu meinem Forschungsinteresse passen. Ich will ja untersuchen, ob die weibliche Gesellschaft hinreichend Repräsentation im Bundestag erfährt, also ob es dieses Thema angehend überhaupt mehr Frauen im BT bedarf, und nicht, ob es für die einzelnen weiblichen Abgeordneten schwerer ist, in den BT oder einen Landtag zu kommen. Letzteres ist natürlich auch sehr interessant, aber darauf einzugehen würde den roten Faden meiner Arbeit eventuell stören. Hierzu würde mich Ihre Meinung interessieren.

sich eher mit Wirtschaft, Finanzen und Verkehr befassten (Bäck et al. 2014). Eine vergleichbare Studie über den Deutschen Bundestag wurde noch nicht durchgeführt. Xxx Stecker Literaturtipp Allerdings ist sich die Forschung im Wesentlichen einig darüber, dass deckungsgleich mit der Studie über den schwedischen Reichstag Frauen in Parlamenten auch generell Sozialthemen mehr zugewandter seien als Männer (Wängnerud 2009: 62). So fand beispielsweise eine vergleichende Studie zu Frauen in Politik und Wirtschaft, durchgeführt von 1990 bis 2010 mit einem Sample bestehend aus 97 Ländern, heraus, dass eine positive Korrelation zwischen Sozialausgaben und der Anzahl von Frauen - gemessen durch den Anteil der Sitzplätze weiblicher Abgeordneter - in nationalen Parlamenten existiert (Detraz 2017: 152-155). Dies ist nicht nur ein Indiz dafür, dass weibliche Abgeordnete Sozialthemen zugewandter sind, sondern könnte auch darauf hindeuten, dass mit einem höheren Frauenanteil in einem Parlament gleichzeitig auch ein Unterschied in den Policies eintritt. Laut Wängnerud herrscht demzufolge ein Konsens, dass es zwischen Politikern und Politikerinnen einen Unterschied in den politischen Einstellungen und Denkweisen gibt. Uneinigkeit bestehe jedoch bei der Frage, wie ausschlaggebend dieser Unterschied ist (Wängnerud 2009: 62). Es lässt sich also eine gewisse Unsicherheit in der Forschung darüber erkennen, wie groß der geschlechterbedingte Unterschied in den Policyeinstellungen von Abgeordneten ist.

Auch unter der Wählerschaft lassen sich unterschiedliche Politikpräferenzen abhängig vom Geschlecht erkennen. Männliche und weibliche Wähler in Deutschland wählen somit bestimmte Parteien in unterschiedlichem Ausmaß. Besonders bemerkbar macht sich dieses Phänomen bei den Grünen, die meist mehr von Frauen gewählt werden und bei der FDP, die meist mehr von Männern gewählt wird. Xxx Stecker Literaturtipp

Beispielsweise wurde im Jahr 2013 die FDP von 5,5 Prozent der männlichen Wähler gewählt, von den weiblichen Wählern bekam die Partei allerdings nur 4,1 Prozent der Stimmen und verfehlte so knapp den Einzug in den Bundestag. Als möglichen Grund für diesen Misserfolg bei weiblichen Wählern sieht der Politikwissenschaftler xxx

Die Grünen wurden 2013 von 9,6 Prozent der weiblichen Wähler gewählt, unter den männlichen Wählern waren es hingegen nur 7,3 Prozent (Der Bundeswahlleiter 2013: 13).

In einer Umfrage der Süddeutschen Zeitung, im Rahmen derer deutsche Wähler und Wählerinnen nach einzelnen Wahlthesen befragt wurden, zeigten sich Unterschiede in der Zustimmung beziehungsweise Ablehnung dieser Wahlthesen je nach Geschlecht. Hier konnten die Befragten Punkte von 0 bis 100 vergeben, wobei 0 für völlige Ablehnung der jeweiligen These stand und 100 Punkte eine vollkommene Zustimmung bedeuteten. Hier zeigten sich teils

deutliche Unterschied politischer Denkweisen, so etwa bei einer These, die besagte, es solle ein generelles Tempolimit auf deutschen Autobahnen geben. Sie wurde im Schnitt von Frauen mit 65 Punkten deutlich stärker als von Männern befürwortet, die sich mit durchschnittlich 44 Punkten eher gegen ein Tempolimit aussprachen. Zudem waren Frauen im Schnitt eher dafür, dass gleichgeschlechtliche Partnerschaften steuerlich gegenüber [damals ausschließlich heterosexuellen] Eheleuten gleichgestellt werden sollten (Süddeutsche Zeitung 2013).

Es lässt sich also festhalten, dass Frauen und Männer in ihren Policy- und Parteipräferenzen teilweise abzuweichen und sich, wenn sie in der Politik aktiv sind, für verschiedene Bereiche unterschiedlich stark zu engagieren scheinen. Dabei stellen sich Familien- und Sozialpolitik als eher frauenspezifische Politikfelder dar.

Theorie und Hypothesen

Die Forderung nach einer geschlechtergerechteren Repräsentation folgt der Logik einer deskriptiven Repräsentation.

Nach der deskriptiven Repräsentationstheorie ist Repräsentation dann gegeben, wenn die Gesamtheit der Repräsentanten proportional dieselbe soziale Zusammensetzung wie die der Repräsentierten aufweist. In diesem Fall wird auch von einer "mirror-representation" gesprochen (Pitkin 1972: 61). Es geht weniger darum, wie Repräsentanten und Repräsentantinnen politisch agieren, sondern darum, welche sozialen Merkmalen ihnen unterliegen (Hierath 2001: 57). Dem liegt die Annahme zu Grunde, dass Vertreter und Vertreterinnen einer bestimmten Gruppe auch am ehesten in der Lage sind, die jeweiligen Interessen dieser Gruppe zu vertreten. Demzufolge wird davon ausgegangen, dass eine höhere politische Repräsentation von benachteiligten Gruppen wie Frauen, Migranten oder niedrig gebildeten Menschen, die politische Macht dieser Bevölkerungsteile verstärkt, da ein positiver Zusammenhang zwischen deskriptiver und substantieller Repräsentation angenommen wird (Bukow und Voß 2018).

Substantielle Repräsentation hat im Gegensatz zur deskriptiven Repräsentation einen Qualitätsanspruch an die Repräsentation. Hanna Pitkin differenziert zwischen Repräsentation zum einen als „Acting For“, dem Handeln anstelle oder im Interesse anderer, das sie als „substantive representation“ zugleich als normatives Ideal politischer Repräsentation bestimmt,

zum anderen als „Standing For“, einem deskriptiven oder symbolischen Darstellen Anderer (Pitkin 1972: 11 u.12).

Der Politikwissenschaftler Rehfeld spricht hier auch von der Rolle des Repräsentanten versus der Aktivität eines solchen. Während die *Rolle* des Repräsentanten relativ eindeutig mit gewissen Merkmalen beschrieben werden kann, ist die *Aktivität* des Repräsentanten mit normativen Ansprüchen verbunden (Rehfeld 17-18). Er plädiert dafür, die formale und die inhaltliche Dimension der Repräsentation miteinander zu verbinden. Die inhaltliche Dimension - die Ziele der Vertretung und die Frage, ob sie erreicht werden oder nicht – befasse sich mit der Beziehung zwischen der Funktion der Repräsentanten und der Erfüllung ihrer Aufgaben. In die formale Dimension der Vertretung könne man erst dann eintreten, wenn die Funktion der (noch zu schaffenden) Beziehung spezifiziert worden sei und damit einen Standard bestünde, nach dem man beurteilen könne. Es könne jedoch erst dann in die substantielle Frage der Vertretung, in der ein Vertreter irgendeine Funktion ausübt, eintreten, wenn man die formalen Schritte durchlaufen habe. Diese formalen Schritte würden beinhalten, dass die Gruppe der zu Repräsentierenden Standards festlegt, welche ihr Repräsentant zu erfüllen hat und anhand dieser Standards daraufhin einen Repräsentanten wählt. Die beiden Dimensionen gingen Hand in Hand, auch wenn keine der beiden die andere bestimme (19).

Allgemein scheint sich in der Wissenschaft die hat sich die Annahme manifestiert zu haben, dass gewiss eine Beziehung zwischen der deskriptiven und der substantiellen Komponente der Repräsentation bestünde; weiblich zu sein ("standing for") wird als eine ermöglichende Bedingung für die substantielle Repräsentation von Frauen ("acting for") verstanden, mit dem Argument, Frauen würden, einmal in der Politik präsent, mit höherer Wahrscheinlichkeit für Frauen als für Männer handeln (beispielsweise in Celis et al 2008: 419 u. 420; Bukow und Voß 2018; Diaz 2008xxx). Diese Annahme eines positiven Zusammenhangs zwischen deskriptiver und substantieller Repräsentation ausgegangen, wird es im Folgenden zu überprüfen gelten.

Aufgrund der hier vorgestellten wissenschaftlichen Erkenntnisse und Annahmen scheint ein tendenzieller Unterschied zwischen der politischen Einstellung von Frauen und Männern gegeben zu sein. Darauf beruhend wird in dieser Arbeit zunächst angenommen, dass auch Bundestagsabgeordnete in ihrer Meinung geschlechtsbedingt voneinander abweichen und so auch ein anderes Abstimmungsverhalten zeigen. Deswegen lautet der Kausalmechanismus dieser Forschungsarbeit: Wenn der Frauenanteil im Deutschen Bundestag sinkt, dann ändern sich auch die Abstimmungsergebnisse im Deutschen Bundestag.

Deshalb soll die erste Hypothese für diese Untersuchung lauten

„Weibliche Abgeordnete unterscheiden sich in ihrem Abstimmungsverhalten von dem Abstimmungsverhalten männlicher Abgeordneter im Deutschen Bundestag bei Abstimmungen ohne Fraktionsdisziplin.“

Weiterhin soll eine zweite Hypothese die vorab erwähnte Annahme einiger Wissenschaftler und Wissenschaftlerinnen eines positiven Zusammenhangs zwischen deskriptiver und substantieller Repräsentation in Bezug auf weibliche politischer Repräsentanten überprüfen. Die zweite Hypothese lautet deshalb:

„Mit steigender weiblicher Präsenz im Deutschen Bundestag würden Abstimmungen zu frauenspezifischen Themen eher zugunsten der Interessen von Frauen ausfallen.“

Variablen und Operationalisierung

Die abhängige Variable ist in der hier vorgestellten Forschung das Abstimmungsergebnis im Bundestag. Es kommt in den Merkmalsausprägungen „ja“, „nein“, sowie „enthalten“ und „nicht abgestimmt“ vor. In der hier vorliegenden Untersuchung wurden allerdings nur die Merkmalsausprägungen „ja“ und „nein“ einbezogen, da alle anderen Merkmalsausprägungen unter das Signifikanzniveau fallen.

Ziel dieser Arbeit war es, Aufschluss über einen möglichen Zusammenhang zwischen dem Abstimmungsergebnis im Deutschen Bundestag und dem Geschlecht der einzelnen Abgeordneten zu geben. Folglich ist die unabhängige Variable in dieser Forschungsarbeit das Geschlecht, definiert als männlich und weiblich.

Kontrollvariablen

Es liegt im Kerngedanken der Demokratie, dass Angehörige unterschiedlicher Parteien auch unterschiedliche Ansichten aufweisen. Dementsprechend liegt eine Korrelation zwischen einem oder einer Abgeordneten und dem Wahlergebnis dieser nahe und kann regelmäßig in den Abstimmungsergebnissen – auch bei Abstimmungen ohne Fraktionsdisziplin - im Bundestag

abgelesen werden (Deutscher Bundestag o.J.). In Bezug auf die Fraktionszugehörigkeit wurde sich auf die Informationen des Deutschen Bundestages verlassen.

Auch das Alter könnte eine Rolle bei Abstimmungen im Bundestag spielen und wird deshalb ebenfalls als Kontrollvariable berücksichtigt. Hierbei wurde das Alter in drei Gruppen unterteilt, xxx

So wurden die Abgeordneten in unter 39-jährige, 40- bis 49-jährige, 50-bis 59-jährige und 60-jährige bis hin zum ältesten Abgeordneten unterteilt. Die Fraktionszugehörigkeit ist definiert durch die Fraktion, welche der oder die Abgeordnete zum Zeitpunkt seiner beziehungsweise ihrer Abstimmung angehörig war.

Da der Bildungshintergrund einen erwiesenen Einfluss bei Wahlen hat, könnte ein solcher Einfluss auch bei Abstimmungen im Bundestag gegeben sein. Darum wird auch der Bildungshintergrund der Abgeordneten als Kontrollvariable aufgenommen. Hierfür werden die Abgeordneten in Gruppen gemäß ihres höchsten Bildungsabschlusses unterteilt. Diese Gruppenunterteilung erfolgte nach Hochschulabgängern, Abiturienten (und Fachabiturienten) sowie Gruppen mit niedrigerem Bildungsabschluss. Letztere wurden aufgrund der sehr geringen Anzahl an Real- und Hauptschulabgängern nicht weiter differenziert, da sonst die Anzahl an n unter das Signifikanzniveau fallen würde. Der Bildungshintergrund wurde aus dem Lebenslauf der Abgeordneten entnommen, wenn dieser in einzelnen Fällen nicht zugänglich war, so wurde dieser entweder beim Büro des oder der Abgeordneten angefragt oder Zeitungsberichten entnommen.

Methodik

Die Fallauswahl für diese Forschungsarbeit setzte sich aus verschiedenen Komponenten zusammen. Zum einen mussten alle benötigten Daten vorhanden sein, um die Kontrollvariablen Alter der Abgeordneten zum Zeitpunkt der Abstimmung, die Parteizugehörigkeit, das Geschlecht und die soziale Herkunft berücksichtigen zu können. Außerdem sollte es sich bei den behandelten Fällen um Abstimmungen ohne Fraktionsdisziplin, sprich Gewissensfragen, handeln. Die Fraktionsdisziplin bedeutet, dass Abgeordnete vor Abstimmungen im Deutschen Bundestag für ihre Auffassungen in den Arbeitskreisen/Arbeitsgruppen, in informellen Gesprächsrunden oder im Fraktionsplenum ihrer jeweiligen Fraktion werben und die Fraktion

daraufhin intern über Fragen abstimmt. An diese Entscheidungen binden sich die Abgeordneten für gewöhnlich und stimmen anschließend gemäß dieser im Bundestag ab. Bei ausgesprochenen Gewissensfragen gibt die Fraktionsführung die Entscheidungsfindung der Abgeordneten frei, setzt also die Fraktionsdisziplin aus (vgl. Bundeszentrale für politische Bildung 2009). Eine Aufhebung der Fraktionsdisziplin ist deshalb essenziell, weil sich mit der Fraktionsdisziplin nicht mehr feststellen lassen könnte, inwiefern Frauen und Männer anders abstimmen, da angenommen werden kann, dass viele Abgeordnete ihre persönliche Meinung zugunsten ihrer Fraktionstreue bei Abstimmungen nicht zum Ausdruck bringen. Als dritte Komponente muss gewährleistet sein, dass es sich um ein allein oder primär Frauen betreffendes Thema handelt.

Da es sich um mehrere Erhebungen zu unterschiedlichen Zeitpunkten handelt, liegt hiermit die Planung eines Längsschnittdesigns vor. Dieses kann in verschiedene Varianten unterteilt werden (Tausenpfund 2018: 195). Um welche Variante es sich bei diesem hier vorliegenden Längsschnittdesigns handelt, ist allerdings schwierig. Abgeglichen mit den vorliegenden Merkmalen liegt ein Trenddesign vor, da hier das gleiche Merkmal zu mehreren Zeitpunkten an verschiedenen Untersuchungseinheiten erfasst wird (Tausenpfund 2018: 195).

Während das Merkmal in diesem Fall das Abstimmungsverhalten im Deutschen Bundestag darstellt, handelt es sich bei den Untersuchungseinheiten um die Abgeordneten des Deutschen Bundestages, die an den jeweiligen Abstimmungen teilgenommen haben. Da die Abstimmungen zum einen zu unterschiedlichen Legislaturperioden stattfanden und zum anderen nicht immer alle Abgeordneten an bestimmten Abstimmungen teilnehmen, sind die Untersuchungseinheiten zumindest größtenteils ausgetauscht worden (Tausenpfund 2018: 195). Allerdings liegt ein anderes Ziel vor, als bei den anderen meisten Untersuchungen, die sich auf ein Trenddesign stützen: Diese wollen einen Trend beziehungsweise eine Entwicklung über einen Zeitstrahl hinweg aufzeigen. Deshalb werden zu unterschiedlichen Zeiträumen Werte erhoben. Aggregiert können diese Werte anschließend im Längsschnitt verglichen werden. Xxx Im Fall dieser Forschungsarbeit wurde sich jedoch für mehrere Zeitpunkte und Untersuchungseinheiten entschieden, da schlichtweg nicht an einem Tag oder auch nur zeitlich nah beieinander liegend Abstimmungen ohne Fraktionsdisziplin zu frauenspezifischen Themen stattfinden. Insofern müssen Legislaturperioden übergreifend Fallbeispiele gewählt werden. Auf nur ein Fallbeispiel allein zurückzugreifen gestaltet sich ebenfalls problematisch, da nicht von einem einzigen Fallbeispiel ausgehend, also einer Abstimmung im Bundestag, allgemeine Schlüsse auf das Abstimmungsverhalten Abgeordneter in Abhängigkeit ihres Geschlechts getroffen werden sollte. Zudem sollen in dem hier beschriebenen Forschungsdesign keine

Stichproben entnommen werden, so wie dies gewöhnlich in Trendstudien getan wird, vielmehr soll das Abstimmungsverhalten aller Abgeordneten der drei Fallbeispiele berücksichtigt werden (196 u 197).

Ein Kohortendesign ist ein Spezialfall eines Trenddesigns (197). Eine Kohorte stellt hierbei eine Bevölkerungsgruppe dar, welche durch ein zeitlich gemeinsames Startereignis definiert wird. (Diekmann 2011: 318). Diese Startereignisse sind klassischerweise Geburt, Eheschließung oder Berufseintritt. Am festgelegten Startereignis orientiert werden Kohorten auf Basis bestimmter individueller Ereignisse abgegrenzt und eingeteilt. So würden zum Beispiel Gruppen befragt, die 1955, 1965 oder 1975 geheiratet haben. Dementsprechend bilden alle Personen, die 1955 geheiratet haben, eine Gruppe, also eine Kohorte. Eine Kohorte ist zunächst einmal eine Bevölkerungsgruppe, ohne dass diese Personen in irgendeiner Art und Weise eine Gemeinschaft bilden müssen. Allerdings weisen insbesondere Geburtskohorten eine wichtige Gemeinsamkeit auf, da alle Akteure einer bestimmten Geburtskohorte den Einflüssen einer bestimmten Epoche in der für das spätere Leben essenziellen Phase der frühkindlichen Sozialisation ausgesetzt sind (Tausenpfund 2018: 197 und 198). Strenggenommen sind auch die hier gegebenen Variablen Kohorten. So kann man die untersuchten Abgeordneten in Kohorten ausgehend von den Startereignissen Geburt (beziehungsweise Alter), Bildungsabschluss, Fraktionszugehörigkeit sowie Geschlecht unterteilen. Dass diese Kohortengruppen jedoch ungewöhnlich sind, liegt auf der Hand.

So lässt sich festhalten, dass es sich in Bezug auf die Analyse um ein Längsschnittdesign handelt, eine genauere Zuordnung zu einer bestimmten Version eines Längsschnittdesigns scheint aber nicht möglich.

Die Daten sollen dem Internetauftritt des Deutschen Bundestags entnommen und anschließend metrisch geordnet werden. Durch die Statistik-Software STATA, Version 11.3 wird im empirischen Teil der geplanten Arbeit überprüft, ob eine partielle Korrelation zwischen der unabhängigen Variable (uV) „Geschlecht“ und der abhängigen Variable (aV) „Abstimmungsverhalten im Bundestag bei frauenspezifischen Themen“ gegeben ist.

Die uV „Geschlecht“ soll in einem logistischen Regressionsmodell in männlich und weiblich geordnet werden. Die Klassifikation der Abgeordneten in männlich und weiblich wird vom Internetauftritt des Deutschen Bundestags entnommen. Der Geschlechts- Dummy wird bei der

Analyse die Ausprägungen 0 für einen männlichen Abgeordneten und 1 für einen weiblichen Abgeordneten aufweisen.

Die aV „Wahlverhalten“ soll allein die beiden Entscheidungsoptionen „ja“ oder „nein“ beinhalten, entsprechend also nicht die Enthaltungen untersuchen. Dabei wird „nein“ die Referenzkategorie 0 zugewiesen, ja wird die Referenzkategorie 1 zugeteilt. Für die Kontrollvariable „Alter“ sollen die die Abgeordneten in unter 39-jährige, 40- bis 49-jährige, 50-bis 59-jährige und 60-jährige bis hin zum ältesten Abgeordneten unterteilt werden.

Die Messung soll in fünf Tabellen dargestellt werden, um den Arbeitsprozess um eine nachvollziehbare Darstellung der Messung zu gewährleisten.

Ergebnisse

Tabelle 1 zeigt zunächst nur den jeweiligen Anteil, mit dem die jeweiligen Gruppierungen im Bundestag vertreten sind, um einen Überblick darüber zu geben, um welche Größen es sich bei der Untersuchung handelt.

	Abstimmung		Abstimmung		Abstimmung	
	<i>f</i>	N	<i>f</i>	N	<i>f</i>	N
Abstimmung						
Ja						
Nein						
Geschlecht						
Mann						
Frau						
Fraktionszugehörigkeit						
CDU/CSU						
SPD						
AfD						
FDP						
Die Linke						
B90/Grüne						
Fraktionslos						
Alter						
unter 39						
40 – 49						
50 - 59						
über 60						
Bildungsabschluss						
Akademischer Abschluss						
Hochschulreife						
Mittlere Reife						
Hauptschulabschluss						

Exemplarischer Aufbau Tabelle 1

Anmerkungen: *f* = Anteilswerte

Tabelle 2 zeigt die Ergebnisse einer deskriptiven Statistik speziell für den jeweiligen Frauenanteil der Gruppen. xxxSie soll zeigen, wie sehr männliche und weibliche Abgeordnete voneinander abgewichen sind. In dieser Tabelle soll zunächst noch keine Berücksichtigung der Kontrollvariablen stattfinden.

Präimplantationsdiagnostik

	Abstimmung				Abstimmung				Abstimmung			
	Frauen		Männer		Frauen		Männer		Frauen		Männer	
	f	N	f	N	f	N	f	N	f	N	f	N
Abstimmung												
Ja	3	26										
Nein	2	60										
Fraktionszugehörigkeit												
CDU/CSU												
SPD												
AfD												
FDP												
Die Linke												
B90/Grüne												
Fraktionslos												
Alter												
unter 39												
40 – 49												
50 - 59												
über 60												
Bildungsabschluss												
Akademischer Abschluss												
Hochschulreife												
Mittlere Reife												
Hauptschulabschluss												

Exemplarischer Aufbau Tabelle 2

Anmerkungen: f= Anteilswerte

Tabelle 3 wird anschließend das Ergebnis einer logistischen Regression mithilfe von Odds, also Chancenverhältnissen, darstellen, mit der die Hypothese auf Fallbeispiel 1 getestet wurde. Odds stellen die Wahrscheinlichkeit, dass ein Ereignis eintritt, geteilt durch die Gegenwahrscheinlichkeit dar (Weins 2010: 78).

Tabelle 3 soll fünf Modelle abbilden.

In Modell 1 soll noch einmal das Ergebnis ohne Aufnahme der Kontrollvariablen abbilden. Hier soll der Odds-Wert der weiblichen Abgeordneten aufgezeigt werden, der anzeigt, wie wahrscheinlich es ist, dass eine weibliche Abgeordnete für „ja“ stimmt.

In Modell 2 wird dann die Kontrollvariable „Fraktionszugehörigkeit“ ergänzt, in Modell 3 wird kategorial das Alter als Kontrollvariable berücksichtigt. In Modell 4 wird der Effekt des Bildungshintergrund der Abgeordneten ermittelt. In Modell 5 wird schließlich sowohl die uV Geschlecht als auch die Kontrollvariablen Fraktionszugehörigkeit Alter und Bildungshintergrund berücksichtigt.

Exemplarischer Aufbau Tabelle 2

	Modell 1			Modell 2			Modell 3			Modell 4			Modell 5		
	Odds	SE	Sig	Odds	SE	Sig	Odds	SE	Sig	Odds	SE	Sig	Odds	SE	Sig
Abstimmung															
Ja															
Nein															
Geschlecht															
Mann															
Frau															
Fraktionszugehörigkeit															
CDU/CSU															
SPD															
AfD															
FDP															
Die Linke															
B90/Grüne															
Fraktionslos															
Alter															
unter 39															
40 – 49															
50 - 59															
über 60															
Bildungsabschluss															
Akademischer Abschluss															
Hochschulreife															
Mittlere Reife															
Hauptschulabschluss															

Tabelle 4 und 5 werden nach dem Beispiel von Tabelle 3 die Ergebnisse einer logistischen Regression mithilfe von Odds anhand der Daten von Fallbeispiel 2 und 3 präsentieren.

Probleme

Enthaltungen: Zwar wäre weiterhin die Untersuchung interessant, ob Frauen und Männer sich in der Funktion als Abgeordnete auch unterschiedlich oft enthalten, würde aber einen deutlich umfangreicheren Forschungsaufwand erfordern, als für diese Arbeit vorgesehen ist und wäre zudem aufgrund der geringen Zahl der Enthaltungen kaum anhand von drei Fallbeispielen zu erschließen, da die Ergebnisse aufgrund der geringen Fallzahl nicht signifikant wären.

Eine weitere Problematik stellt dar, dass homosexuelle eventuell anders als heterosexuelle Frauen abstimmen könnten, da – auf das Fallbeispiel der Abstimmung über die Strafbarkeit der Vergewaltigung in der Ehe bezogen – damals gleichgeschlechtliche Paare noch nicht heiraten durften und sie deshalb eventuell weniger persönlich in die Thematik hätten involviert sein können. Allerdings gibt es keine Daten zu der sexuellen Orientierung von Abgeordneten und selbst wenn es diese gäbe, so würde mir persönlich die Nutzung dieser moralisch höchst verwerflich erscheinen. Weiterhin besteht die Möglichkeit, dass sich die untersuchten Abgeordneten teilweise überhaupt nicht mit ihrem biologischen Geschlecht identifizieren könnten und aufgrund dessen für die hier geplante Untersuchung falsch eingeteilt werden könnten. Sofern sich die betroffenen Abgeordneten allerdings nicht öffentlich über ihre Geschlechtsidentität äußern, gibt es keinerlei Möglichkeiten, diesen potentiellen Fehler zu umgehen. Laut einer Studie der ZEIT aus dem Jahre 2016 können sich 3,3 Prozent der deutschen Bevölkerung nicht mit ihrem biologischen Geschlecht identifizieren (Friedrichs 2017). Würde der Deutsche Bundestag zumindest in dieser Hinsicht repräsentativ sein, so würde dies bedeuten, dass 3,3 Prozent der Untersuchungseinheit N dem falschen Geschlecht zugeordnet würden und somit womöglich das Ergebnis verzerren würden.

Ebenfalls problematisch ist die lange Zeitspanne, aus welcher die Fallbeispiele stammen. Diese kommen aus den Jahren 1974, 1997 und 2011. Möglich ist, dass sich die Gesellschaft in dieser Zeit weiterentwickelt werden und im Zuge gewandelter Werte heute Abstimmungsergebnisse anders ausfallen würden. Wäre dies der Fall, so würden aus veralteten weiblichen und männlichen Ansichten falsche Rückschlüsse auf die Gegenwart gezogen werden.

Lösungsmöglichkeiten und Ausblick

Die Arbeit hat das wenig erforschte Abstimmungsverhalten deutscher Abgeordneter in Abhängigkeit ihres Geschlechtes untersucht. Die bereits erwähnte Problematik der wenigen Forschungsbeispiele liefert Anregung, stetig weiter zu forschen, sobald sich der Forschungsgegenstand erweitert hat, sprich weitere Abstimmungen ohne Fraktionsdisziplin zu frauenspezifischen Themen im Deutschen Bundestag stattfinden.

In der hier vorgestellten Arbeit sollen lediglich geschlechterbedingte Unterschiede bei der Abstimmung Abgeordneter zu frauenspezifischen Themen untersucht werden. Als Kontrast zu dem Ergebnis dieser Arbeit wäre es sicher auch interessant, universellere Themen zu untersuchen und die Ergebnisse zu vergleichen.

In Bezug auf ein abweichendes Abstimmungsverhalten homosexueller Frauen (und Männer) könnte, sobald genug Fallbeispiele zur Verfügung stünden, das Abstimmungsverhalten von Abgeordneten, die gleichzeitig innerhalb ihrer Parteien in Organisationen für LGBTI-Personen vertreten sind, untersucht werden. Beispiele für solche Organisationen sind etwa „Lesben und Schwule in der Union“, kurz LSU oder die „Arbeitsgemeinschaft der SPD für Akzeptanz und Gleichstellung“, kurz SPDqueer.

Zudem wurde vorab auf die Problematik eingegangen, dass sich die Gesellschaft über die Zeit weiterentwickelt haben könnte und somit die untersuchten Abstimmungsergebnisse aus den Fallbeispielen nicht mehr heutige politische Einstellung wiedergeben würde. Hier wären zunächst Unterschiede zwischen den Fallbeispielen von 1974, 1997 und 2011 zu überprüfen. Dafür dienen die Tabellen 3, 4, 5. Sollten sich tatsächlich Unterschiede abbilden, so müsste die Untersuchung erneut vorgenommen werden, sobald ein neueres Fallbeispiel zur Verfügung steht.

Sollte die hier vorgestellte Forschungsarbeit zu dem Ergebnis kommen, dass sich das Abstimmungsverhalten weiblicher Abgeordneter von dem männlicher Abgeordneter unterscheidet, dann wäre dies ein Grund, weitgehender zu forschen und zu überprüfen, ob dies auch in den Landtagen der Fall ist.

Literaturverzeichnis

Abels, Gabriele; Ahrens, Petra; Blome, Agnes (2018): Geschlechtergerechte Repräsentation in historischer und internationaler Perspektive, [online]
<https://www.bpb.de/apuz/277335/geschlechtergerechte-repraesentation-in-historischer-und-internationaler-perspektive?p=all>, letzter Zugriff: 01.04.2020.

Alonso, Sonia; Keane, John; Merkel, Wolfgang (2011): Editors' introduction: Rethinking the future of representative democracy, in:
Sonia Alonso, John Keane, Wolfgang Merkel (Hrsg.), *The future of representative democracy*, 1. Aufl., Cambridge: Cambridge Univ. Press., o.S.

Bäck, Hanna; Debus, Marc; Müller, Jochen (2014): Who Takes the Parliamentary Floor? The Role of Gender in Speech-making in the Swedish *Riksdag*, [online]
<http://journals.sagepub.com/doi/pdf/10.1177/1065912914525861>, letzter Zugriff 01.03.2020.

Bukow, Sebastian; Voß, Fabian (2018): Frauen in der Politik: Der weite Weg zur geschlechtergerechten Repräsentation, [online]
<https://www.boell.de/de/2018/03/02/frauen-der-politik-der-weite-weg-zur-geschlechtergerechten-repraesentation>, letzter Zugriff: 02.03.2020.

Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (2020): Häusliche Gewalt, [online]
<https://www.bmfsfj.de/bmfsfj/themen/gleichstellung/frauen-vor-gewalt-schuetzen/haeusliche-gewalt>, letzter Zugriff: 21.04.2020

Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (2004): Lebenssituation, Sicherheit und Gesundheit von Frauen in Deutschland – Eine repräsentative Untersuchung zu Gewalt gegen Frauen in Deutschland, [online]
<https://www.bmfsfj.de/blob/84328/0c83aab6e685eeddc01712109bcb02b0/langfassung-studie-frauen-teil-eins-data.pdf>, letzter Zugriff: 15.04.2020.

Bundesministerium für Gesundheit (o.J.): Präimplantationsdiagnostik (PID), [online]
<https://www.bundesgesundheitsministerium.de/service/begriffe-von-a-z/p/praeimplantationsdiagnostik-pid.html>, letzter Zugriff: 07.03.2020

Bundeszentrale für politische Bildung (2017): Frauenanteil im Deutschen Bundestag, [online]
<http://www.bpb.de/gesellschaft/gender/frauen-in-deutschland/49418/frauenanteil-im-deutschen-bundestag>, letzter Zugriff: 10.04.2020.

Bundeszentrale für politische Bildung (2009): Bundestag, [online]
<http://www.bpb.de/nachschlagen/lexika/pocket-politik/16362/bundestag> 01.03.2020.

Celis, Karen; Childs, Sarah (2008): Introduction: The Descriptive and Substantive Representation of Women: New Directions, in: *Parliamentary Affairs*, Volume 61, Issue 3, July 2008, S. 419–425.

Deutscher Bundestag (o.J.): Namentliche Abstimmungen, [online]
<https://www.bundestag.de/abstimmung>, letzter Zugriff 19.04.2020.

Deutscher Bundestag (2011): Präimplantationsdiagnostikgesetz, [online]
<https://www.bundestag.de/parlament/plenum/abstimmung/abstimmung/?id=37>, letzter Zugriff: 07.03.2020.

Deutscher Bundestag (1997): Stenographischer Bericht 175. Sitzung, [online]
<https://dip21.bundestag.de/dip21/btp/13/13175.pdf#P.15798>, letzter Zugriff: 01.03.2020

Der Bundeswahlleiter (2014): Wahl zum 18. Deutschen Bundestag am 22. September 2013, [online]

https://www.bundeswahlleiter.de/dam/jcr/cd805e63-c083-4f8b-ad7a-561b2fa110fd/btw13_heft4.pdf, letzter Zugriff: 05.04.2020.

Detraz, Nicole (2017): "Woman Friendly" Spending? Welfare Spending and Woman's Participation in the Economy and Politics, in: *Politics & Gender*, Volume 14, Nr. 2, S. 152-155.

Diaz, Mercedes M. (2008): *Representing Women? Female Legislators in West European Parliaments*, Colchester: ECPR Press.

Diekmann, Andreas (2011): *Empirische Sozialforschung. Grundlagen, Methoden, Anwendungen*, Reinbek: Rowohlt.

Faas, Thorsten (o.J.): Warum im neuen Bundestag so wenige Frauen sitzen, [online]
<https://causa.tagesspiegel.de/kolumnen/thorsten-faas-1/warum-im-neuen-bundestag-so-wenige-frauen-sitzen.html>, letzter Zugriff: 03.04.2020.

Faus, Jana; Knaup, Horand; Rüter, Michael; Schroth, Yvonne; Stauss, Frank (2018): AUS FEHLERN LERNEN - Eine Analyse der Bundestagswahl 2017, [online]
https://www.spd.de/fileadmin/Dokumente/Sonstiges/Evaluierung_SPD__BTW2017.pdf

Friedrichs, Julia (2017): Geschlechtsidentität: Der Kampf um das Geschlecht, [online]
<https://www.zeit.de/zeit-magazin/2017/25/geschlechtsidentitaet-mann-frau-heteronormativ-kampf>, letzter Zugriff: 12.04.2020.

Hille, Peter (2019): Abgeordnete für mehr Frauen im Bundestag, [online]
<https://www.dw.com/de/parit%C3%A4tsgesetz-frauengruppe-im-bundestag-formiert-sich/a-47519478>, letzter Zugriff: 30.03.2020.

Lexikon der Biologie (o.J): Gebärmutter, [online]

<https://www.spektrum.de/lexikon/biologie/gebaermutter/26807>, letzter Zugriff: 27.03.2020.

OECD (2019): Renten auf einen Blick 2019: Alterssicherung für Selbstständige in Deutschland lückenhaft, [online]

<https://www.oecd.org/berlin/presse/alterssicherung-fuer-selbststaendige-in-deutschland-lueckenhaft-27112019.htm>, letzter Zugriff: 02.03.2020.

OECD (2014): Frauen in der Politik, [online]

<https://doi.org/10.1787/9789264209541-43-de>, letzter Zugriff: 30.03.2020.

OECD (2010): Closing the Gender Gap – Germany, [online]

<https://www.oecd.org/gender/ClosingTheGenderGap-Germany.pdf>, letzter Zugriff: 27.04.2020.

Pitkin, Hanna F. (1972): *The concept of representation*, 1. Aufl., Berkeley, California [u.a.]: University of California Press.

Rehfeld, Andrew (2006): Towards a General Theory of Political Representation, in: *Journal of Politics* 68: 1, S. 1-21.

Schmollack, Simone (2017): Vorne machen es die Männer, [online]

<https://taz.de/Kommentar-Frauen-im-Bundestag/!5433942/>, letzter Zugriff: 12.04.2020.

Süddeutsche Zeitung (2013): Links die Frau, rechts der Mann, [online]

<https://www.sueddeutsche.de/politik/wahlthesen-test-analyse-nach-geschlecht-links-die-frau-rechts-der-mann-1.1757549>, letzter Zugriff 02.03.2020.

Tausendpfund, Markus (2018): *Quantitative Methoden in der Politikwissenschaft: Eine Einführung*, Wiesbaden: Springer VS.

Wallwiener, S.; Götz, M.; Matthies, L. M.; Lanfer, A.; Gillessen, A.; Suling, M.; Abele, H.; Sohn, C.; Wallwiener, M.: *Psychische Belastungen in der Schwangerschaft*, in: FRAUENARZT 59, S. 760 – 764.

Wängnerud, Lena (2009): Woman in Parliaments: Descriptive and Substantive Representation, in: *Annual Review of Political Science*, S.62.

Weins, Cornelia (2010): Uni- und bivariate deskriptive Statistik, in: Christof Wolf; Henning Best (Hrsg.), *Handbuch der sozialwissenschaftlichen Datenanalyse*, Wiesbaden: Springer VS, S. 65-90.